Heiteres und Trauriges

Sensations-Geschichten vom britischen und russischen Hof.

Premier Asquith soll mit einem Schwips zur Audienz gekommen sein. — König Edward ertheilt ihm zur Antwort auf eine Garantieforderung einen guten Rath. — Rußland's Czarin angeblich dem Morphingenuß ergeben. — Befriedigende Resultate des Berliner Besuchs des Grafen Aehrenthal. — Polnischer Graf sucht nach verlorenem Sohn. — Ein Pariser Unternehmen J. Pierpont Morgan's.

London, 25. Februar. — Die von einem hiesigen Oppositionsblatte gebrachte Meldung, daß König Edward die vom Kabinet ausgearbeitete Thronrede selbstherrlich geändert habe, weil der Premier Asquith bei seiner letzten Audienz bekneipt gewesen sei, hat unter den Anhängern des Ministerpräsidenten die größte Entrüstung erregt und wird als eine niederträchtige Erfindung bezeichnet.

Das in Frage stehende Blatt erzählte gestern, daß der Premier, ehe er sich am Montag Morgen nach dem Buckingham Palast begab, sehr stark gefrühstückt habe und nicht mehr fest auf den Beinen gewesen sei, als er vom König empfangen wurde. In seinem Zustande habe er dem Monarchen in nichts weniger als diplomatischer Weise erklärt, daß er, um sein Programm durchführen zu können, unbedingt Garantien haben müsse. Der König, der sah, wie es um ihn bestellt war, erwiderte ihm angeblich: „Ich mache niemals Gelübde, aber Ihnen könnte es nichts schaden, wenn Sie ein solches ablegen würden." Damit, soll der Monarch den beschimpften Premier den Rükken zugewendt und dann die Thronrede geändert haben.

Obgleich die sensationelle Geschichte heftig dementirt wird, findet sie doch vielfach Glauben, denn Asquith ist dafür bekannt, daß er einen guten Tropfen liebt.

Petersburger Sensationsgeschichte.

Berlin, 25. Februar. — Gewaltiges Aufsehen dürfte eine Broschüre erregen, die in den nächsten Tagen in Stuttgart erscheinen wird und Bresnitz v. Sydakoff, einen gründlichen Kenner der russischen Verhältnisse und des Lebens am Czarenhofe, zum Verfasser hat. Die Schrift beschäftigt sich mit der mysteriösen Krankheit der Czarin und gipfelt in der sensationellen Behauptung, daß die Herrscherin durch den Morphiumgenuß zum geistigen und körperlichen Wrack gemacht worden sei. Zu diesem Laster soll sie dadurch getrieben worden sein, daß Eifersucht und die beständige Angst um ihre Kinder ihr Nervensystem zerrüttelten.

Wie Sydakoff erzählt, verliebte sich der Czar, nachdem er sich auf Befehl seines Vaters mit der ehemaligen Prinzessin Alix von Hessen verlobt hatte, sterblich in eine von ihrem ersten Gatten geschiedene bildhübsche Russin, Namens Raissa Kagan. Er wollte eine morganatische, Ehe mit derselben eingehen und eilte nach Darmstadt, um seine Braut zu bewegen, ihm sein Wort zurück zu geben. Die Prinzessin war mit der Lösung der Verlobung einverstanden, aber die beiderseitigen Verwandten bestanden auf der Heirath und dieselbe kam zu Stande.

In den ersten Jahren gestaltete sich die Ehe des Herrscherpaares angeblich glücklich. Eines Tages soll die Czarin jedoch erfahren haben, daß Frau Kagan, die inzwischen einen Ingenieur, Namens Pistelkors, von Moskau geheirathet hatte, die Maitresse des Großfürsten Paul Alexandrowitsch geworden sei und sich dem Czaren wieder zu nähern versuchte.

Von diesem Tage an war es um die Seelenruhe der Czarin geschehen. Sie wurde angeblich von einer wilden Eifersucht erfaßt und beruhigte sich auch nicht, als der Großfürst Paul, nachdem er seine abermals geschiedene Geliebte geheirathet hatte, aus Rußland verbannt wurde. Ihren Höhepunkt sollen die Seelenleiden der Herrscherin erreicht haben, als der Großfürst Paul nach Petersburg zurückkehren durfte und ihr zu Ohren kam, daß die Kagan-Pistelkors den Czaren abermals unter ihre Gewalt gebracht habe.

Zu den Qualen der Eifersucht, welche die Czarin litt, gesellte sich die ewige Angst um ihre Kinder. Seit sie wenige Wochen nach der Geburt ihres einzigen Sohnes, des Thronfolgers Alexis, einen Zettel auf ihrem Pulte entdeckte, in welchem ihr die Ermordung ihres Lieblings angekündigt wurde, fand sie keine Ruhe mehr. Um ihren gequälten Nerven Ruhe zu verschaffen, griff sie zum Morphium und sie wurde bald eine vollständige Sklavin des Giftes. Jetzt sind, wie Sydakoff behauptet, ihre Beine gelähmt und ihr Geist ist zerrüttet.

Aehrenthal's Besuch in Berlin.

Berlin, 25. Februar. — Graf Aehrenthal, der östreichisch-ungarische Minister des Aeßeren, ist von seinem mehrtägigen hiesigen Besuch hoch befriedigt, wie er bei'm Abschied von der Reichshauptstadt selbst constatirt hat. Der Staatsmann der verbündeten Doppelmonarchie hatte stundenlange Besprechungen mit dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg u. dem Staatssekretär des Aeußeren Freiherrn v. Schoen. Die drei Herren erörterten die gesammte internationale Lage und erzielten auf allen Gebieten ein vollkommenes Einverständniß. Auch wurde der Stand der östreichisch-russischen Beziehungen, die seit den unlängst angebahnten Annäherungs-Verhandlungen eine Wandlung erfahren haben, eingehend besprochen. Es ist vom Beginn an hier kein Geheimniß daraus gemacht worden, daß das Deutsche Reich in Uebereinstimmung mit den Intentionen seiner Friedenspolitik eine Besserung im Verhältniß der beiden Nachbarn mit Genugthuung begrüßen würde.

Eine soeben bekannt gegebene offizielle Erklärung lautet dahin, daß der Besuch die Bande zwischen den beiden Ländern befestigt habe. Deutschland und Oestreich-Ungarn strebten dahin, den Status quo auf dem Balkan zu bewahren, und verfolgten sympathisch die weitere Ordnung der inneren Angelegenheiten des Ottomanischen Reiches. Des Ferneren wird betont, Graf Aehrenthal und der deutsche Reichskanzler hätten das gleiche Vertrauen zur internationalen Entwickelung in der nahen Zukunft. Dieses Vertrauen stütze sich vornehmlich auf den Dreibund und die günstige Entwicklung der Beziehungen Oestreich's und Deutschland's zu den anderen Mächten, welche die allgemeine Harmonie in wirksamer Weise fördere.

Beide Regierungen, die Berliner wie die Wiener, bereiten nun ein gleichlautendes Communique vor, in welchem die Ergebnisse des Besuches des Grafen Aehrenthal in Berlin dargelegt werden sollen.

Sucht nach seinem Sohn.

Wien, 25. Februar. — Der in Wien lebende Graf Gizycki, dem vor einigen Wochen, wie damals gemeldet, von seiner Gattin, einer Tochter des amerikanischen Multimillionärs Patterson, mit Hülfe des Chefs des Civil-Kabinets des Czaren sein Söhnchen geraubt wurde, kündigt an, daß er Jedem, der ihm den jetzigen Aufenthalt seiner Frau und seines Kindes nennen könne, eine ansehnliche Belohnung zahlen werde.

Der seit längerer Zeit von seiner Gattin getrennte Graf entführte vor einigen Monaten sein Söhnchen sammt der Bonne von Paris. Vor vierzehn Tagen erschien der mit der amerikanischen Millionärin auf freundschaftlichem Fuße stehende Kabinets-Chef des Czaren, Graf Budbach, bei ihm und verlangte im Namen „Väterchens" die Auslieferung des Kindes, indem er mit Güter-Confiskation und Verbannung nach Sibirien drohte. In der Angst, seine in Polen gelegenen Güter zu verlieren, gab Graf Gizycki den Kleinen heraus, aber als er nach Petersburg reiste, um an den Czaren zu appelliren, erfuhr er zu seinem Schrecken, daß dieser gar Nichts von der Geschichte wußte. Inzwischen war die Gräfin mit dem Kinde verschwunden. Sie weilt seitdem bei ihren Angehörigen in Amerika.

Morgan baut Theater in Paris.

Paris, 25. Februar. — An der Avenue Mouraigne, auf der Stelle, wo jetzt das Palais der Marquise von Lilliers steht, wird ein neues Prachttheater gebaut werden. Die Pläne für den neuen Musentempel, der der schönste der französischen Hauptstadt werden soll, sind bereits fertig u. mit den Bauarbeiten wird zu Anfang des Sommers begonnen. Wie es heißt, sind die Mittel für das Unternehmen von dem amerikanischen Multi-Millionär J. Pierpont Morgan und den Baronen Henri und James Rothschild geliefert worden.

Gattinmörder hingerichtet.

Nach einer Meldung aus Tilsit ist der Gattinmörder Karchies hingerichtet worden. Die Unthat erregte seinerzeit großes Aufsehen. Die gerichtlichen Verhandlungen hatten nur kurze Zeit in Anspruch genommen, da über die Schuld des Verbrechers kein Zweifel bestand.

Aus Deutschland.

Staatssekretär Delbrück über die amerikanische Ausstellung.

Aeußerung im Reichstage erregt Befremden. — Rückblick auf das Entstehen und die Förderung des Unternehmens. — Mainzer Handelskammer beschwert sich über Handhabung der amerikanischen Zollgesetze. — Erste Lesung der Wahlrechts-Vorlage im preußischen Landtage beendet. — Selbstmordversuch einer Generalstochter in Wiesbaden. — Noch eine britische Hetzlüge festgenagelt.

Berlin, 25. Februar. — Die Aeußerung des Staatssekretärs Delbrück über die Nicht-Unterstützung der hiesigen amerikanischen Maschinen-Ausstellung Seitens der deutschen Regierung hat unter den Förderern des Unternehmens Bewunderung erregt. Diese hatten angenommen, daß die moralische Unterstützung der Regierung von Beginn an für sie gewesen sei. Die Unternehmer sind deutsche Kapitalisten, wie Isidor und Ludwig Löwe, welche, ehe sie sich diesbezüglich an Amerikaner wandten, sich der moralischen Unterstützung der Reichs-Regierung versichert hielten. Als Baron von Brandenstein sich als Vertreter der Ausstellungs-Verwaltung nach den Ver. Staaten begab, wurde der damalige zweite Sekretär der deutschen Botschaft in Washington, Frhr. Hartmann v. Richthofen, dazu bestimmt, ihm bei seiner Mission behülflich zu sein. Zusammen besuchten die beiden Freiherren hervorragende New-Yorker, und es wurde verstanden, daß das Auswärtige Amt der Ausstellung so weit, wie möglich, helfen werde, ohne der Regierung offizielle oder finanzielle Verpflichtungen aufzuladen.

Viele angesehene Amerikaner, welche den Appell an die amerikanischen Industrie'n zwecks Betheiligung an der Ausstellung unterzeichneten, thaten dies unter dem Eindruck, daß dieses deutsche Unternehmen moralisch von der deutschen Regierung unterstützt würde. Prinz Heinrich von Preußen ist Vorsitzer des deutschen Empfangs-Comite's, dem außerdem Großherzog Adolph Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, Fürst Hatzfeldt, und Fürst Henckel von Donnersmarck angehören.

Seitdem die Ausstellung greifbare Gestalt angenommen, sind manche Maschinerie-Interessen Deutschland's augenscheinlich auf den Gedanken gekommen, daß der deutschen Industrie Gefahr drohe. Verschiedene Zeitungen, besonders die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in Essen, haben der amerikanischen Ausstellung entschiedenen Widerstand entgegen gesetzt. Offenbar war es die Anerkennung dieser Einwände, welche den Staats-Sekretär Delbrück veranlaßte, die Erklärung im Namen der Regierung abzugeben. Er sprach gestern als Stellvertreter des Reichskanzlers, und es wird bezweifelt, ob er wußte, daß die Regierung dem Unternehmen thatsächlich ihre moralische Unterstützung gewährt habe.

Es ist hier ferner verstanden worden, daß die Ernennung von Commissären Seitens des amerikanischen Departements für Handel und Arbeit, unter ihnen der amerikanische Botschaftssekretär Irwin B. Laughlin in Berlin, auf den Wunsch der amerikanischen Regierung zurückzuführen sei, dem Unternehmen zu helfen, u. zwar unter dem Eindruck, daß jenes auch von der deutschen Regierung stark unterstützt werde.

Man meinte, daß die nichtamtlichen Berichte über Hrn. Delbrück's Rede ungenau gewesen sein könnten, und daß er die ihm zugeschriebenen Worte nicht gebrauchte, aber der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht heute Abend den Wortlaut der Rede und citirt ihn genau so, wie gestern berichtet wurde.

Nothwendige Kundgebung amtlicher Neutralität.

(Später.) — Eine heute von der Regierung erlassene offizielle Bekanntmachung erklärt, Sekretär Delbrück's Aeußerung sei nur eine nothwendige Kundgebung amtlicher Neutralität gegen ein Unternehmen gewesen, welches in Angriff genommen wurde, ohne daß die Regierung darum wußte, und in welchem deutsche Produzenten keine Gelegenheit erhielten, ihre Fabrikate in Conkurrenz mit auswärtigen Waaren zu bringen. Von einer feindseligen Haltung der Regierung sei jedoch keine Rede, und wenn die Ausstellung stattfinde — bis jetzt habe die deutsche Behörde noch keine diesbezügliche Ankündigung aus Amerika — so dürften die amerikanischen Aussteller eines freundschaftlichen Empfanges sicher sein.

Beschwerde der Mainzer Handelskammer.

Die Handelskammer von Mainz hat sich mit einer Beschwerde an das Auswärtige Amt gewandt. In ihrer Mittheilung ersucht die Handelskammer darum, daß die deutsche Regierung Vorstellungen in Washington mache über das Verlangen der amerikanischen Zollbehörden, trotz des deutschen Weingesetzes gezuckerte Weine als „Sugar Wine" zu bezeichnen; ebenso über die Deklaration schwefliger Säure.

Nach dem Wunsch der Handelskammer sollen die Vorstellungen unter Hinweis darauf erfolgen, daß das deutsche Weingesetz besonders den amerikanischen Vorschriften angepaßt ist.

Erste Lesung beendet.

Die Wahlrechts-Commission des preußischen Abgeordnetenhauses hat die erste Lesung der sogenannten Reform-Vorlage beendet. Durch das Votum der Deutsch-Conservativen, Frei-Conservativen und des Centrums wurde der von den Freisinnigen gestellte Antrag, die Wahlmänner geheim stimmen zu lassen, abgelehnt.

Es steht im Plane, die zweite Lesung am dritten März zu beginnen, die Vorlage im Hause am vierzehnten März einzuberichten und die restirenden zwei Lesungen im Plenum vor Ostern zu beenden. Die darnach eintretende Ferienpause würde die verfassungsmäßigen drei Wochen vor der zweiten Berathung einschließen. Gesetze, welche Aenderung der Verfassung herbeizuführen bestimmt sind, bedürfen in beiden Häusern des Landtags einer nochmaligen Abstimmung nach 21 Tagen.

Die Ueberweisung der Wahlrechts-Vorlage an das Herrenhaus könnte dann kurz nach Ostern erfolgen.

Keine Campagne gegen „Standard Oil".

Die in New-York verbreitete Angabe von einem Feldzug der deutschen Regierung gegen die „Standard Oil Company" muß niederiger gehängt werden. Auf die hierher gekabelte Anfrage, ob ein offizieller Vertreter der maßgebenden Gewalten des Reichs nach den Ver. Staaten gesandt worden sei, um die dortige Oel-Situation zu studiren und zu berichten, damit dem amerikanischen Trust in Deutschland das Handwerk gelegt werden könne, vermag man auf Grund verläßlicher Information zu antworten, daß in hiesigen leitenden Kreisen von einer derartigen Mission nichts bekannt ist. Weder hat irgend Jemand den Auftrag erhalten, die amerikanischen Verhältnisse in der gedachten Richtung zu prüfen, noch auch ist ihm anvertraut worden, daß, wenn von unabhängigen Quellen hinreichende Vorräthe beschafft werden könnten, ein deutsches Petroleum-Monopol in's Leben gerufen werden sollte, um die „Standard Oil Company" aus dem Lande zu treiben. Damit erledigen sich auch die übrigen Aeußerungen des angeblichen deutschen Vertreters.

Ein Gewährsmann fügt hinzu, daß, wenn ein in der Metropole am Hudson angelangter Redakteur eines handelspolitischen Fachblattes sich über die vermeintlichen Pläne der deutschen Regierung ausgelassen hat, er nur seine persönliche Ansicht zum Besten gegeben hat. Von hiesiger maßgebender Stelle ist Niemandem die Vollmacht übertragen worden, Oelstudien in den Ver. Staaten zu machen und Material für eine Campagne der Regierung gegen die „Standard Oil Company" zusammen zu tragen.

Tragödie in Wiesbaden.

Ein tragisches Vorkommniß wird aus Wiesbaden gemeldet. Die dortige freiwillige Krankenschwester Freifräulein Olga von Roeder hat den Versuch gemacht, sich selbst zu erschießen, und sich eine lebensgefährliche Wunde beigebracht.

Die Unglückliche ist 24 Jahre alt und eine Tochter des württembergischen Generalmajors z. D. Hermann von Roeder, welcher in Metz wohnhaft ist.

Britische Hetzlüge abgethan.

Die von England aus in die Welt hinaus telegraphirte Meldung, daß von einem deutschen Kriegsschiff bei Tres Forcas in Marokko Truppen gelandet wurden, um ein vor 30 Jahren von dem damaligen Sultan Muley Hassan an Deutschland abgetretenes Gebiet zu besetzen, wird hier offiziös als eine Erfindung bezeichnet. Der Zweck der Ente war offenbar, wieder böses Blut zwischen Deutschland und Frankreich zu machen.

Nur ein „Bromo Quinine."
das ist Laxative Bromo Quinine. Sehen Sie nach der Unterschrift von E. W. Grove. In der ganzen Welt gebraucht, um eine Erkältung in einem Tage zu kuriren. 25c. (Nov13,Sa,6M)

'That Tired Feeling'

Präsident Taft hat sich letzthin zu sehr angestrengt.

Kehrte abstrapazirt und ermüdet von seinem jüngsten Besuch in New-York und Newark zurück. — Wenig Aussicht auf Annahme der Staatenbill in der gegenwärtigen Congreßsitzung. — Versuch im Werk, Arizona in's republikanische Lager zu lootsen. — Sekretär Meyer für den Bau zweier 28,000 Tonnen-Schlachtschiffe. — Neue Conferenz über das Opium-Problem.

Washington, D. C., 25. Febr. — Sein in dieser Woche gemachter Besuch in New-York und Newark hat dem Präsidenten Taft stark mitgenommen und ermüdet. Er erschien gestern zur gewöhnlichen Stunde in seinem Büreau, aber wie viele seiner Besucher zu bemerken Gelegenheit hatten, machte er den Eindruck eines stark abstrapazirten, ermüdeten Mannes. Die mit dem Präsidentenamte verknüpften Anstrengungen sind schon an und für sich hinreichend, um eine nicht allzu kräftige Körper-Constitution zu untergraben, und wenn man nicht die enorme Kraftfülle eines Roosevelt besitzt, muß mit den körperlichen Kräften Haus gehalten werden. Außer seiner amtlichen Thätigkeit aber unterwirft sich Präsident Taft noch anderen Strapazen, wozu nicht im geringsten Maße die vielen Fahrten und die dabei zu haltenden Reden gerechnet werden müssen. Speziell war der jüngste Abstecher nach New-York und Umgegend in Folge der zahlreichen Enagements recht anstrengend; nicht nur Reden mußten gehalten werden, es kamen auch noch politische Conferenzen hinzu, welche der republikanische Wirrwarr in New-York erheischte.

Der Präsident thut freilich sein Möglichstes, um sich körperlich abzuhärten. Morgens früh um halb acht Uhr unternimmt er unter Aufsicht eines sachverständigen Traineurs körperliche Uebungen mannigfacher Art, die darauf berechnet sind, seine Muskeln zu kräftigen, und Nachmittags ergänzt er die Exercitien durch Spaziergänge, die sich häufig auf vier bis fünf Meilen ausdehnen. Nach Ansicht Mancher geht der Präsident zu weit in seinem Bemühen, strenuös zu sein und seine Körperfülle herabzumäßigen, so daß er sich thatsächlich durch derartige Strapazen schwächt.

Es ist dem Präsidenten angerathen worden, seine körperlichen Abhärtungsversuche zu beschränken und womöglich sich eine Woche oder länger vollständige Ruhe zu gönnen. Man hat ihm vorgeschlagen, daß er auf kurze Zeit die Hauptstadt verlassen und sich völlig seiner Erholung widmen möge, aber Herr Taft hat derartige Vorschläge absolut abgelehnt. Uebrigens war der Präsident von dem Empfang, welcher ihm in New-York und auch in Newark, N.-J., zu Theil geworden, in hohem Grade befriedigt.

Opposition gegen Staatenbill.

Trotz des lebhaften Interesses, welches Präsident Taft an dem Schicksal der Staaten-Bill nimmt, welche New Mexiko und Arizona dem Staatenbunde einverleiben soll, macht sich in gewissen republikanischen Kreisen im Senat eine starke Opposition gegen die Maßregel geltend. Es sind dies hauptsächlich Senatoren, welche in den politischen Organisationen ihrer Heimath-Staaten eine hervorragende Rolle spielen. Ihre Abneigung gegen die Zulassung der beiden Territorien zum Staatenbunde hat sich bis jetzt im Wesentlichen darauf gestützt, daß man befürchtet, die beiden neuen Staaten würden demokratische Majoritäten aufweisen und also demokratische Senatoren in den Bundessenat entsenden. Freilich könnte das unter bestehenden Verhältnissen kaum einen wesentlichen Unterschied machen, da die republikanische Majorität von 26 Stimmen dann auf eine solche von 22 Stimmen reduzirt würde, was ja nicht viel zu sagen hätte. Aber man scheint ferner zu befürchten, daß die Fluth politischer Ruhelosigkeit, welche namentlich über den Westen hereingebrochen, die Erwählung demokratischer Legislaturen auch in anderen Staaten und in der Folge die Erwählung demokratischer Senatoren nach sich ziehen könnte. Dies ist namentlich im mittleren Westen möglich. Dann möchte doch eventuell die republikanische Herrschaft in Frage gestellt werden.

Wie Arizona bekehrt werden soll.

Neuerdings ist indeß eine Bewegung in Gang gebracht worden, welche die Möglichkeit einer Republikanisirung wenigstens eines der neuen Staaten, nämlich Arizona's in Aussicht stellt. Dem Vernehmen nach soll in Arizona eine Kette republikanischer Zeitungen gegründet werden, und zwar soll James T. Williams, einer der Adjutanten Hitchcock's in der Taft-Campagne von 1908, als leitender Geist an die Spitze dieser Publizitäts-Campagne treten. Williams, der von Präsident Taft gleich nach der Inauguration zum Bundes-Civildienst-Commissär ernannt wurde, lehnte die Ernennung aus Gesundheitsrücksichten ab und begab sich zum dauernden Aufenthalt nach Arizona. Es ist nun im Gange, wie es heißt, Arizona durch eifrige Propaganda republikanisch zu machen und, im Falle das Territorium Staat wird, eine Legislatur zu erwählen, welche den jetzigen General-Postmeister Hitchcock zum Bundes-Senator erkürt. Patronage, wird, soweit sie zur Verfügung steht, diesem Zwecke dienlich gemacht werden. Seit einiger Zeit hat unter der Hand verlautet, General-Postmeister Hitchcock sei amtsmüde, und dieses Gerücht hat man mit dem für die Republikanisirung von Arizona entworfenen Plan in Verbindung gebracht.

Zwei Riesenschlachtschiffe.

Aus verlässiger Quelle verlautet heute, daß das wahrscheinliche Programm für die Vergrößerung der Flotte für das kommende Jahr, wie es von dem Haus-Comite für Flotten-Angelegenheiten einberichtet werden wird, auf den Bau nachbezeichneter Fahrzeuge lauten wird: Zwei Riesen-Schlachtschiffe von je 28,000 Tonnen, wovon jedes $11,000,000 kosten soll; ein Reparaturfahrzeug; zwei große Kohlenschiffe; fünf submarine Fahrzeuge und drei Torpedojäger. Diese Liste überschreitet die von Sekretär Meyer befürwortete Vermehrung der Flotte, doch heißt es, der Sekretär werde, wenn er morgen vor dem Comite erscheint, der befürworteten weiteren Vermehrung zustimmen. Eine Mehrheit des Comite's soll die obige Liste indossiren. Das Comite hat den Tonnengehalt der neuen Riesen-Schlachtschiffe auf 28,000 angesetzt, anstatt 26,000 Tonnen, wie ursprünglich. Mehrere Mitglieder des Comite's waren sogar für Schlachtschiffe von 30,000 Tonnen.

Eine neue Opium-Conferenz.

Herr Hamilton Wright, welcher letztes Jahr die Ver. Staaten bei der Internationalen Opium-Commission in Shanghai vertreten hat, erklärt, die Anstrengungen des Staatssekretärs Knox, eine im nächsten Jahr abzuhaltende Conferenz zu Stande zu bringen, welche sich des Weiteren mit dem Opium-Problem beschäftigen soll, hätten ein erfreuliches Resultat gehabt. China, Deutschland, Italien, die Niederlande, Portugal und Rußland hätten den Knox'schen Vorschlag angenommen. Die Regierung der Niederlande habe das Ersuchen gestellt, die Conferenz im Haag abzuhalten.

Zur Transportraten-Frage.

Vor dem Oberbundesgericht wurde scharf darüber argumentirt, ob ein Staat auf einen im zwischenstaatlichen Handel versandten Lebensbedarfsartikel eine Maximalrate festsetzen kann, die niedriger ist als die Kosten des Transports. Generalanwalt Miller und die Anwälte McCue und Corlies vertheidigten die Verfassungsmäßigkeit des Staatsgesetzes von 1907, wodurch die Transportraten für Kohlen festgesetzt werden, und reichten eine schriftliche Darlegung zur Aufrechterhaltung der Entscheidung ein, welche das Obergericht von Nord-Dakota zu Gunsten des Gesetzes abgegeben hat. Der Hauptanwalt der „Northern Pacific-Bahn," Chas. W. Bunn, griff das Gesetz aus dem Grunde an, daß dasselbe eine Rate ansetze, die niedriger sei, als die Kosten des Transports.

Zollhausmakler-Licenzen.

Ueber die von Zollcollektor Loeb von New-York befürwortete Bill, wonach Zollhausmakler eine Regierungs-Licenz lösen müssen, ehe sie Maklergeschäfte im Zollhaus thun können, wurde von einem Sub-Comite des Finanz-Comite's des Hauses ein günstiger Bericht erstattet. Die Licenzen sollen zwei Jahre laufen. Das Comite strich den Abschnitt der Bill, wonach Maklern, welchen Licenzen vom Collektor verweigert werden, die Berufung an das Zoll-Appellationsgericht offen stehen soll.

Wird im Suffragatten-Convent reden.

Präsident Taft hat eine Einladung angenommen, bei der Eröffnungs-Sitzung des Jahres-Convents der „National American Women's Suffrage Association," am 14. April hier, eine Rede zu halten. Seinem Annahmeschreiben fügt Herr Taft aber ausdrücklich bei, er wünsche nicht, so hingestellt zu werden, als ob er für das Frauenstimmrecht sei. Dem Convent werden voraussichtlich mehr als 300 Delegatinnen beiwohnen.

Die Pinchot-Untersuchung.

Fortsetzung des Zeugenverhörs vor dem Congreß-Comite. — Noch immer keine sehr sensationellen Enthüllungen.

Washington, D. C., 25. Febr. — Die Ballinger-Pinchot-Untersuchung nahm heute eine unerwartete Wendung, als Spezial-Agent Horace T. Jones vom General-Landamt als Zeuge „für den Staat" erschien und einen sensationellen Angriff auf James M. Sheridan machte, welcher im letzten Jahre vom Landamt nach Seattle geschickt wurde, um die Regierung in dem dortigen Verhör bezüglich der Cunningham'schen Ansprüche auf Kohlenländereien in Alaska zu vertreten. Jones erklärte, Sheridan habe damals seine Studien der Rechte kaum vollendet gehabt und sich in den Verhandlungen auf höchst linkische und ungeschickte Weise benommen. Die Gegenpartei dagegen habe zwei der tüchtigsten und angesehensten Anwälte von Seattle auf ihrer Seite gehabt. Der Zeuge sagte weiter, er wünsche durchaus nicht, Sheridan zu kritisiren oder zu bemäkeln, und das Comite könne seine eigenen Schlüsse ziehen. Louis R. Glavis sei kein Anwalt, allein er verstehe mehr von der Rechtswissenschaft, als Sheridan, und das Landamt habe ihm außer allem Zweifel ein Mißtrauensvotum gegeben, als es Sheridan nach Seattle schickte, um die Leitung des Falles zu übernehmen, welcher ursprünglich von Glavis ausgearbeitet worden war.

Jones wurde einem längeren Kreuzverhör unterworfen, welches keine große Resultate ergab. Außer Jones wurde noch ein junger Holzhändler, Namens W. W. Barr, vernommen, welcher aus Seattle hierher gebracht wurde, um Herrn Glavis gegen die Anklage zu vertheidigen, daß 24 aus dem Landamt zu Seattle verschwundene Briefe in einer ihm (Glavis) gehörigen Kiste im Regierungsgebäude zu Seattle gefunden worden seien. Dieser Zeuge verwickelte sich bei'm Kreuzverhör in bedenkliche Widersprüche. — Gifford Pinchot war in der heutigen Comitesitzung anwesend, erschien jedoch nicht als Zeuge.

Das amerikanische Institut.

Wie heute bekannt gegeben wurde, ist der Plan für das „Amerikanische Institut," von welchem der Botschafter Graf Bernstoff vor einigen Tagen in einer vor der „Johns Hopkins-Universität" in Baltimore gehaltenen Rede sprach, noch nicht vollständig ausgearbeitet. Das Projekt wird jedoch schon seit längerer Zeit sorgfältig erwogen und das Kultusministerium dürfte bald in der Lage sein, genauere Auskunft zu geben.

Der Plan geht dahin, ein Büreau zur Förderung der Erziehung und Bildung zu schaffen, das unter Aufsicht des Unterrichts-Ministeriums stehen, aber auf breiter Grundlage einen nichtamtlichen Charakter bewahren und große private Unterstützung erhalten soll. Das Büreau wird den Professoren-Austausch zwischen den beiden Ländern besorgen und es den Studenten beider Länder ermöglichen, genau von einander zu erfahren, was in Bezug auf Spezial-Unterricht angestrebt wird.

Wir rathen—
Mütter
Haltet Eure Kinder gesund!
Gebrauchet
The Family Physician
Sicherstes Heilmittel für
Husten, Erkältung, Heiserkeit, Verstopfung
Das beste Hausmittel.
Gut für jedes Mitglied der Familie
Preis 25c. pro Flasche.
—Bei allen Händlern.—
(Jan7,2Mte)

DEAL WITH REITZE FOR BEST CLOTHES.
20 Prozent Discomto
für alle verbleibenden Herbst- und Winter-Wollstoffe.
Passen garantirt.
J. H. Reitze & Son
643 West-Baltimore-Straße, nahe Arch.
(Febr2,Dt,Do,Sa—)